

Inhaltsverzeichnis

	Seite
ALLGEMEINE EINFÜHRUNG	1
von Jacques Vandamme	
KAPITEL I	7
KLÄRUNG DER IM ZUSAMMENHANG MIT DEN DIENSTLEISTUNGEN VON ALLGEMEINEM INTERESSE WICHTIGEN BEGRIFFE	
von Marianne Dony	
EINLEITUNG	9
ABSCHNITT I	11
DIE VERTRÄGE	
I. DER VERTRAG VON ROM	11
II. DER VERTRAG VON AMSTERDAM	14
III. DIE GRUNDRECHTECHARTA	16
IV. DIE VERFASSUNG	16
ABSCHNITT II	18
DIE RECHTSPRECHUNG DES GERICHTSHOFES UND DIE PRAXIS DER KOMMISSION	
I. DIE BEGRIFFE UNTERNEHMEN UND WIRTSCHAFTLICHE TÄTIGKEIT	18
1. Die Rechtsprechung des Gerichtshofes	18
A. Aktivitäten, die unter die herkömmlichen hoheitlichen Befugnisse des Staates fallen	19
B. Tätigkeiten von Einrichtungen, die Aufgaben mit ausschließlich sozialem Charakter erfüllen	20
a) Bildungswesen	20
b) Arbeitsvermittlungsagenturen	22
c) Einrichtungen der Sozialversicherung	23
d) Gesundheitsdienste	26
2. Die Praxis der Kommission	29

Inhaltsverzeichnis

II.	DIE BEEINTRÄCHTIGUNG DES HANDELS ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN	32
1.	Die Rechtsprechung des Gerichtshofes	32
2.	Die Praxis der Kommission	34
III.	DER BEGRIFF DER DIENSTLEISTUNG VON ALLGEMEINEM WIRTSCHAFTLICHEN INTERESSE	36
1.	Die Rechtsprechung des Gerichtshofes	36
2.	Die Praxis der Kommission	40

ABSCHNITT III

DIE SEKTORSPEZIFISCHEN RECHTSVORSCHRIFTEN

I.	TELEKOMMUNIKATION	43
1.	Die Entstehung des Begriffs Universaldienst	43
2.	Seine Anwendung in den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für den Telekommunikationssektor	46
A.	Die Richtlinie 95/62/CE	46
B.	Die Richtlinie 97/33/CE	47
C.	Die Richtlinie 98/10/CE	48
D.	Die Richtlinie 2002/22/CE	49
a)	Die Begriffsbestimmung des Universaldienstes	49
b)	Der evolutive Charakter des Universaldienstbegriffs	51
II.	ENERGIE	53
1.	Die Richtlinie 96/92/CE	53
2.	Die Richtlinie 2003/54/CE	54
A.	Die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen	55
B.	Grundversorgung	56
C.	Verbraucherschutz	58
D.	Ausnahmen von der Marktöffnung	62
III.	POSTDIENSTE	62

ABSCHNITT IV	66
DAS GRÜNBUCH ZU DIENSTLEISTUNGEN VON ALLGEMEINEM INTERESSE	
I. FRÜHERE MITTEILUNGEN DER KOMMISSION	66
1. Definitionen und terminologische Klarstellungen	66
2. Die Bedingungen der Anwendung von Binnenmarkt- und Wettbewerbsregeln	68
A. Die Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten	68
B. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	69
3. Die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Mitteilung von 2000	71
A. Die Bedingungen der Anwendung von Binnenmarkt- und Wettbewerbsregeln	71
B. Inhalt der Leistungen der Daseinsvorsorge	72
II. ANALYSE DES GRÜNBUCHS ZU DIENSTLEISTUNGEN VON ALLGEMEINEM INTERESSE	73
1. Definitionen und Terminologie	73
2. Die Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten und Auswirkungen auf den Handel	75
3. Inhalt der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse	78
ABSCHNITT V	81
DIE DEBATTEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEM GRÜNBUCH	
I. DER STANDPUNKT DER ANDEREN INSTITUTIONEN UND ORGANE DER GEMEINSCHAFT	81
1. Entschließung des Europäischen Parlaments zum Grünbuch zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse	81
A. Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Dienstleistungen und lokalen Versorgungsunternehmen	81
B. Inhalte des Dienstes von allgemeinem Interesse	83
2. Stellungnahme des Ausschusses der Regionen	84

Inhaltsverzeichnis

A.	Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten	84
B.	Inhalt des Dienstes von allgemeinem Interesse	87
3.	Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses	88
A.	Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten	88
B.	Inhalt des Dienstes von allgemeinem Interesse	89
II.	DIE BEITRÄGE ZUR ÖFFENTLICHEN KONSULTATION	92
1.	Die Beiträge der Mitgliedstaaten	93
2.	Die lokalen Behörden	97
A.	Allgemeine Verbände	97
a)	Die Versammlung der Regionen Europas (VRE)	97
b)	Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas	97
c)	Eurocities	102
B.	Spezielle Verbände und Organisationen	103
a)	Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas (KPKR)	103
b)	Konferenz der Regionen in äußerster Randlage	104
c)	Association des élus de montagne (AEM)	105
3.	Die Organisationen der Erbringer von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse	107
A.	Europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft (CEEP)	107
B.	Europäisches Verbindungskomitee "Dienstleistungen von allgemeinem Interesse"	111
4.	Die Akteure der Zivilgesellschaft	112
A.	Europäisches Büro der Verbraucherorganisationen	112
B.	Die Gewerkschaften	116
a)	Europäischer Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst	116
b)	Europäische Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer	117
C.	Nicht gewinnorientierte Organisationen	118

Inhaltsverzeichnis

a) ETWelfare	118
b) Liga für Menschenrechte	119
c) Ständige Europäische Konferenz der Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften, Vereine und Stiftungen	121
d) Europäisches Komitee für Vereine und freie Verbände	122
e) Europäisches Netzwerk für soziales Handeln	123
III. DIE ANTWORTEN DES WEISSBUCHS	126
1. Die wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Dienstleistungen	126
2. Lokale Versorgungsunternehmen	127
3. Inhalt der Dienstleistung von allgemeinem Interesse	128
A. Kohäsion und universellen Zugang sicherstellen	128
B. Aufrechterhaltung eines hohen Qualitäts-, Versorgungssicherheits- und Schutzniveaus	129
C. Die Rechte der Verbraucher und Nutzer sichern	130
ABSCHNITT VI	131
DER BEITRAG DER RECHTSLEHRE	
I. DER BEGRIFF DER DIENSTLEISTUNGEN VON ALLGEMEINEM INTERESSE	131
II. DER INHALT DER DIENSTLEISTUNGEN VON ALLGEMEINEM INTERESSE	134
SCHLUSSFOLGERUNGEN	141

Inhaltsverzeichnis

KAPITEL II	145
Kanäle und Modalitäten der Zusammenarbeit zur Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse durch die Gebietskörperschaften	
von Nicolas Levrat	
EINFÜHRUNG	147
ABSCHNITT I	149
TYPOLOGIE DER MODALITÄTEN DER ZUSAMMENARBEIT	
I. HORIZONTALE ZUSAMMENARBEIT	149
II. VERTIKALE UND GEMISCHTE ZUSAMMENARBEIT	150
III. GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT	150
ABSCHNITT II	153
UNTERSUCHUNG DER WIRKSAMKEIT DER MODALITÄTEN DER ZUSAMMENARBEIT FÜR DIE ERBRINGUNG VON DIENSTLEISTUNGEN VON ALLGEMEINEM INTERESSE	
I. HORIZONTALE ZUSAMMENARBEIT	153
1. Koordinierung der Maßnahmen der Körperschaften ohne Schaffung einer Einrichtung mit Rechtspersönlichkeit	153
2. Schaffung einer von den Partnern unabhängigen juristischen Person	155
A. Spezialisierte öffentliche Einrichtungen	156
a) Zweckverband	157
b) Interkommunale	157
c) Joint authority bzw. joint board	157
d) Communautés de communes (Frankreich)	158
e) Bergemeindeverbände	158

Inhaltsverzeichnis

II.	VERTIKALE UND GEMISCHTE ZUSAMMENARBEIT	158
1.	Gemischte Einrichtung	159
2.	Zusammenarbeit aufgrund von Mittelübertragungen	160
3.	Vertragliche Zusammenarbeit	160
III.	GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT	162
	SCHLUSSFOLGERUNG	169
	Tabelle	171
	KAPITEL III	173
	Welches ist der geeignete Rechtsrahmen für die DA(W)I?	
	von Stéphane Rodrigues	
	EINFÜHRUNG	175
	ABSCHNITT I	177
	GEEIGNETE RECHTSGRUNDLAGE(N)	
I.	POSITIVES RECHT	177
1.	Artikel 16 EG-Vertrag	177
2.	Artikel 86 Absatz 3 EG-Vertrag	180
3.	Artikel 95 Absatz 1 EG-Vertrag	184
4.	Artikel 308 EG-Vertrag	186
II.	DIE EUROPÄISCHE VERFASSUNG: WAS ÄNDERT SICH?	188
1.	Entwurf des Artikels III-6	188
2.	Die Arbeiten der RK: der neue Artikel III-122	189
	ABSCHNITT II	197
	WELCHE ART DES RECHTSAKTS WÄRE ANGEMESSEN?	
I.	RECHTSAKT MIT SEKTORSPEZIFISCHER ODER MIT HORIZONTALER AUSRICHTUNG?	197
II.	RICHTLINIE ODER VERORDNUNG?	200

Inhaltsverzeichnis

ABSCHNITT III	205
WELCHER NORMATIVE INHALT?	
SCHLUSSFOLGERUNG	205
ALLGEMEINE SCHLUSSFOLGERUNG	207
Anhang	211
Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie (oder ein künftiges Europäisches Gesetz) über die gemeinsamen Grundsätze und Voraussetzungen für die Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse in der Europäischen Union	
BIBLIOGRAFIE	219